Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt"
erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur p. Kreuzband durch d. Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46-47, sowie bei den Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 38; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138, Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 22; Petersburgerstr. 2; Mittenwalderstr. 6, Gotzowerstr. 20; Pflugstr. 32; Wedding, Gerichtstr. 14; Schöneberg, Feurigstr. 12; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung", sowie das illustr. Witzblatt „Ulk", die feuiller. Montags-Ausg. „Zeitgeist", die „Technische Rundschau", der illustr. Halbwochen-Beilage „Der Welt-Spiegel" und „Haus-Hof-Garten" durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzb. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Insertate a 6gesp. Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger" 30 Pf.) werd. v. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46-47, sowie der Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 38; Königstraße 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138, Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstraße 22, Charlottenburg, Kantstr. 34, Rixdorf, Dr. Handjerystr. 83/84 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 131. **Berlin, Dienstag, den 13. März 1906.** **XXXV. Jahrgang.**

Sozialpolitische Umschau.

Anfang März.

In seiner letzten großen Rede im Reichstage betonte Graf v. Posadowsky mit besonderem Nachdruck, daß die sozialpolitische Arbeit nicht ruhe. Das Reichsamt des Inneren sei mit Eifer bemüht, die von der Mehrheit des Hauses aufgestellten Forderungen nach Möglichkeit zu verwirklichen. Der Staatssekretär gab einen verheißungsvollen Ueberblick über die großen Aufgaben, die in absehbarer Zeit im Reich gelöst werden müssen, und man kann nur dringend wünschen, daß es ihm vergönnt sein möge, seine große Erfahrung und bedeutende Kraft auch in den Dienst dieser weiteren Entwickelung zu stellen. Aber bei allem guten Willen, weiter vorwärts zu kommen, darf man doch nicht vergessen, daß die sozialpolitische Arbeit mit der Schaffung immer neuer Paragraphen nicht allein geleistet werden kann; nicht einmal in ihrem wichtigsten Teile. Viele Paragraphen werden tote Buchstaben bleiben, wenn es nicht gelingt, ihnen durch die Erziehung der Menschen zu sozialem Denken und Empfinden Leben einzuhauchen. Sie bleiben tot und werden oft recht bald wieder vergessen, selbst, wie es scheint, von den Behörden, deren Pflicht es ist, für die Befolgung jener Paragraphen zu sorgen. Was ist zum Beispiel aus der Bestimmung über die Sitzgelegenheit der Verkäuferinnen geworden; was hat man aus dem Kinderschutzgesetz gemacht; wie ist die Aufsicht über die gesetzlich gebotenen Ruhezeiten der Jugendlichen und Arbeiterinnen beschaffen; wie steht es mit den Sicherheitsvorrichtungen in manchen Bergwerken und anderen gefährlichen Betrieben? Diese Fragen könnten leicht noch weiter fortgesetzt werden und ihre Beantwortung würde oft sehr unbefriedigend ausfallen. Bei wichtigen Bestimmungen unserer Arbeiterschutzgesetzgebung ist die Aufsicht über ihre Durchführung entschieden sehr mangelhaft, während man, nach den Klagen mancher Unternehmer zu urteilen, bei der Durchführung von manchen minderwichtigen Verordnungen in eine Kleinlichkeitskrämerei zu verfallen scheint, die den Arbeitern nichts nützt und die Arbeitgeber leicht geneigt macht, unsere ganze soziale Gesetzgebung unter dem Gesichtswinkel einer unnötigen Polizeischererei zu betrachten. Es mag schwer sein, hier das Richtige zu treffen, ohne das Gesetz unter den Tisch fallen zu lassen und ohne durch Schneidigkeit zu verletzen. Die Voraussetzung dieser Tätigkeit der Aufsichtsbehörde ist eben, daß auch sie neben dem formell-juristischen ein soziales Empfinden besitzen, das selbst in ihren unteren Organen wirksam ist. Denn viele sozialen Gesetze können ohne soziales Empfinden nicht recht zur Anwendung gelangen. Das gilt besonders und leider auch für die Rechtsprechung. Sie hat augenscheinlich ihre Aufgabe auf diesem wichtigen Gebiete nicht immer begriffen. Zahlreiche Gewerbeinspektoren klagen über die Geringfügigkeit der Strafen, die wegen Verstößen gegen unsere Arbeiterschutzgesetze erkannt werden. Eine Strafe hat nur dann einen Zweck, wenn sie empfunden wird. Lusthiebe reizen nur zu neuen Vergehen an und Strafen, die keine Strafen sind, können der Majestät des Gesetzes keine Achtung verschaffen. Ein Arbeiter, der einen Streikbrecher mit einem beleidigenden Worte verletzt, wird wochenlang in das Gefängnis gesteckt, ein Unternehmer, der wochenlang Kinder und jugendliche Personen unter Mißachtung des gesetzlichen Arbeiterschutzes beschäftigt, der wichtige Sicherheitsvorschriften unbeachtet läßt, kommt mit einer Geldstrafe davon, die in gar keinem Verhältnis zu den Vorteilen der Gesetzesverletzung steht. Natürlich muß eine derartige Rechtsprechung einerseits die Arbeiter verbittern, andererseits eine gewisse Klasse von Unternehmern zur Gesetzesübertretung geneigt machen. Diese skrupellos die billige Arbeitskraft der Kinder und Jugendlichen ausnützenden Unternehmer können dann jenen Industriellen, die das Gesetz achten, eine um so fühlbarere Konkurrenz machen. Die energische Ahndung der gröberen Uebertretungen der Arbeiterschutzgesetze liegt also auch im Interesse der Unternehmer selbst.

Es ist ja überhaupt eine völlig unrichtige Auffassung, wenn man annimmt, die Arbeiterschutzgesetzgebung wie unsere große Arbeiterversicherung sei gegen die Unternehmer gemacht. Das wäre traurig, sowohl für diese Gesetzgebung wie für die Unternehmer. Diese ganze Gesetzgebung ist in voller grundsätzlicher Uebereinstimmung mit der Mehrheit der deutschen Arbeitgeber durchgeführt, sie wäre sonst nicht möglich gewesen. Ohne die freudige Mitarbeit der Unternehmer gibt es auch auf diesem Gebiet keine Entwickelung und der neue preußische Handelsminister Delbrück hatte vollständig recht, als er kürzlich im preußischen Abgeordnetenhause ausführte, eine gesunde Sozialpolitik sei nur zu machen, wenn diese auch die Interessen der Arbeitgeber berücksichtige. Das ist selbstverständlich. Fürst Bismarck hat einmal denselben Gedanken in den Worten Ausdruck gegeben, man dürfe das Huhn nicht schlachten, das den Arbeitern die goldenen Eier lege.

Auch Minister Delbrück wünscht, daß wir mit unserer sozialpolitischen Arbeit nicht Halt machen. Was auf diesem Gebiet allein durch die staatlichen Einrichtungen geleistet wird, ist bekannt. Es wird abermals illustriert durch einen jüngst erschienenen Bericht über den Vermögensstand der Träger der staatlichen Arbeiterversicherung, der sich Ende 1904 auf rund 1586 Millionen bezifferte. Nach einem anderen neuesten Ziffernmaterial hat der preußische Staat für Wohlfahrtseinrichtungen auf seinen Berg-, Hütten- und Salinenwerken bisher an einmaligen Ausgaben 16,761,632 Mark aufgewendet, während die jährlichen Unterhaltungskosten für diese Wohlfahrtseinrichtungen mehr als 600,000 Mark betragen. Etwa 16 Millionen sind allein für die Wohnungsfürsorge auf jenen staatlichen Werken aufgewendet. Zu den interessantesten Veröffentlichungen über die Wohnungsfrage gehören die Untersuchungen des Statistischen Amtes von Bremen, schon um deswillen, weil in Bremen mehr als in allen anderen deutschen Großstädten noch das Einfamilienhaus besteht. Während in Berlin ein Wohnhaus durchschnittlich 50, in Breslau 40, in Dresden 28 und in Frankfurt 18 Bewohner beherbergt, entfallen in Bremen auf ein Haus nur 7 Bewohner. Natürlich lassen auch in Bremen nach jenen Untersuchungen die Wohnungsverhältnisse viel zu wünschen übrig, aber es würde gänzlich ungerechtfertigt sein, wollte man die vorhandenen Mängel etwa auf die weite Verbreitung des Kleinhauses in Bremen zurückführen und zugunsten der großstädtischen Mietskaserne ausnützen.

Diese ist immer eine schlechte Lösung der Wohnungsfrage, und man kann sie nur bei den unnatürlichen Grundwertverhältnissen in den Großstädten entschuldigen. Das Kleinhaus ist stets vorzuziehen, sowohl aus hygienischen wie auch aus sozialethischen Gründen. In den Mietskasernen der Großstadt spielt sich auch das Elend der Heimarbeit ab, das seit der Heimarbeitsausstellung in Berlin wieder einmal in aller Munde ist. Die Weltstadt staunte für ein paar Tage über die ungeheure Armut und Bedürftigkeit, die sie oft unmittelbar neben Prunk und Schlemmerleben in sich schließt. Durch gewisse vornehme Kreise, die oft leider nicht wissen, unter welchen Bedingungen ihr Nachbar sein Leben fristet, ging ein entrüsteter Schrei des Erstaunens über soviel Elend neben diesem unendlichen Fleiß ehrenwerter Arbeiterfamilien. Man möchte jetzt gerne helfen, aber die Folgen einer langen sozialen und wirtschaftlichen Entwickelung lassen sich nicht Hals über Kopf durch einige scharfe Paragraphen aus der Welt schaffen. Zunächst wird man wohl an die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden denken müssen, an die Einführung behördlicher Listen über diese, an obligatorische Tarife über Mindestlöhne und an bestimmte Vorschriften über die Beschaffenheit der Wohnungen. Alle derartigen Bestimmungen sind natürlich, wie schon oben erwähnt, fast zwecklos, wenn ihre Durchführung nicht strenge beobachtet wird und wenn die Strafen für Uebertretungen nicht so fühlbar sind, daß den ernsthaften Willen erkennen lassen, derartige Uebertretungen zu verhindern.

Neben der Heimarbeiterfrage hat sich die Oeffentlichkeit in den letzten Wochen noch immer mit der Fleischnot beschäftigt. Von einer nennenswerten Milderung dieser Not ist weder in den Städten noch in vielen ländlichen Bezirken etwas zu spüren. Es fehlt noch immer an Schlachtvieh, und in welchem Umfange das im vorigen Jahre der Fall war, geht daraus hervor, daß im zweiten Halbjahr 1905 in Preußen über eine Million Schweine weniger geschlachtet ist, trotz der Zunahme der Bevölkerungsziffer. Daß an diesem Viehmangel nicht der Zwischenhandel die Schuld trägt, sondern die Sperrung der Grenzen, gelangte auch in den Verhandlungen zum Ausdruck, die kürzlich das badische Ministerium des Inneren über die Fleischversorgung der Städte führte. Von Vertretern des Fleischergewerbes und anderen Sachverständigen wurde nachdrücklich betont, daß der Zwischenhandel das Fleisch nicht verteuere, da er dem Metzger Zeit und Kosten spare. In den kleineren Städten, deren Metzger das Vieh direkt beim Landwirt kaufen, sei das Fleisch so teuer wie in den Städten mit Viehhöfen. Als einzig wirksames Mittel gegen die Fleischteuerung wurde auch in diesen ministeriellen Verhandlungen die größere Zufuhr lebender Schweine aus dem Auslande empfohlen, wobei die Vertreter der Landwirtschaft erklärten, die kleinen und mittleren Bauern hätten kein Interesse daran, daß die Einfuhr nahezu gänzlich verboten werde. Es genüge, wenn man der Gefahr einer Seucheneinschleppung vorbeuge. Das wollen natürlich auch die Gegner des heutigen Systems der Grenzsperren.

---

* Aus Oberlehrerkreisen wird uns geschrieben: Welche Aussichten dem **Oberlehrerberufe** blühen, lehrt auf das eindringlichste eine kürzlich erschienene Uebersicht. Ausgerechnet 1420 Abiturienten preußischer Anstalten haben sich im letzten Jahre dem philologischen Studium zugewendet, und dabei konnten noch etwa fünfzehn Schulen nicht in Betracht gezogen werden. Wo soll das enden? Schon seit einer Reihe von Jahren schwillt die Flut der jungen Philologen zu schier unglaublicher Höhe an; fast tausend brachte allein das vorletzte Jahr. Alles mahnende Abreden nützt nichts, die günstigen Anstellungsverhältnisse der letzten Jahre wirken zu verführerisch. Und doch muß Unheil darauf folgen. Die Zeiten von ehemals stehen wieder vor der Tür, da um eine Stelle hundert Bewerbungen eingingen, und ein Hilfslehrer trotz regsten Strebens und bester Zeugnisse zehn Jahre auf Anstellung warten mußte, ja noch froh war, wenn er derweil seine Kraft für Gotteslohn betätigen konnte.

Zentrumsmaskerade.

Man schreibt uns aus Bayern:

Es hatte im Reich Aufsehen erregt, als die bayerische Zentrumsmehrheit unter dem partikularistischen Redegedonner des bajuwarischen Agrardemokraten Dr. Heim den von der bayerischen Regierung so dringlich befürworteten Feldzeugmeisterposten ablehnte. Bald offenbarte sich jedoch des Pudels Kern: persönlicher und sachlicher Zwiespalt mit dem jesuitisch-konservativen Parteigewaltigen Dr. Pichler. Die Fehde brach akut aus und war so heftig und tiefgehend, daß wider alle Regeln der Zentrumsregierungskünste sich in der Oeffentlichkeit die allerschärfsten Auseinandersetzungen und organisatorischen Schachzüge abwickelten, bis endlich mit einem nassen und einem blauen Auge bei einigen Maß Hofbräubier die äußerliche „Versöhnung" gefeiert wurde. Damals sagte man, daß demächst das Zentrum die kopflos unternommene Attacke bei Abwesenheit des Generalissimus Heim zurückreiten werde.

Das ist am 10. März buchstäblich eingetroffen: Dr. Heim fehlte „zufällig", und die Kammer stimmte (mit Ausnahme der Sozialdemokraten) einhellig für die Position. Um dem blamierten Zentrum einen anständigen Rücktritt zu ermöglichen, baute das Kriegsministerium auf Bitte des Domherrn Dr. Pichler eine goldene Brücke in der Gestalt einer „neuen" Denkschrift, die alles enthielt, was bisher zugunsten des Feldzeugmeisterpostens gesagt worden war. Und siehe da, schon im Finanzausschuß zwölfte das Zentrum in tragikomischer Bewegung den frohüberraschten Viehhaber und erklärte, nun sei es „dem Laien" leicht gemacht, sich von der Notwendigkeit der militärischen Neuorganisation zu überzeugen. Der Kriegsminister Freiherr v. Horn erklärte, daß die bayerische Artillerie alle vier Jahre von einem preußischen Inspekteur, inzwischen aber von bayerischen Generälen besichtigt werde. Dr. Heim erklärte sich befriedigt.

Im Plenum machte dann der Bamberger Domherr Dr. Schädler den Rückzugsstrategen und betonte, daß die Kammer zwar „senfibel" sei, wenn es den Anschein habe, als ob bayerischen Rechten Abtrag geschehe. Doch hänge mit der vorliegenden Position eine Erweiterung des preußischen Inspektionsrechtes nicht zusammen. Damit wurde die Attacke von damals parteiamtlich als Unsinn gewertet. Daß der Kotau mit dem gleißnerischen Mantel der Reservatrechtshüterei verhüllt wurde, ist heiter.

Dr. Schädler wie Dr. Pichler und Dr. Heim haben alle drei den „Toleranzantrag" unterschrieben, der die wertvolle Kirchenhoheit der bayerischen Krone zugunsten des Unitarismus preisgibt. Die „Kirche" verlangt es! Wo aber die bayerische Selbständigkeit der römischen Kirchenpolitik nicht im Wege steht wie bei der Sonderbriefmarke oder beim Besuch eines preußischen Militärfachmannes oder bei einer scharfen Kritik gegen Tilly, da spielt man die todesmutigen Schildwächter der Bavaria mit solchem theatralischen Geschick, daß das gläubige Zentrumsvolk sich ahnungslos und hochbegeistert zu weiteren ähnlichen „Siegeszügen" mitschleppen läßt und nie spürt, wie es mit solcher Kirchenpolitik betrogen wird.

---

* Im **Reichstage** wurden gestern mannigfache Klagen und Beschwerden in die leere Luft ausgestoßen. Viel besser ist wenigstens das Reichseisenbahnamt nicht, dessen Etat zur Verhandlung stand; es hat vielleicht den guten Willen, zu helfen, aber es fehlt ihm an dem nötigen Rückhalt. Die Einzelstaaten und ganz besonders Preußen gehen ihren Schlendrian, ohne sich viel darum zu kümmern, was der Präsident des Reichseisenbahnamtes zu monieren hat. Im Mittelpunkt der Debatte stand die Betriebsmittelgemeinschaft. Nachdem Graf Kanitz (konservativ) erklärt hatte, daß er keine Notwendigkeit zu einer Verbilligung der Personentarife sehen könne, klagte Abgeordneter Bassermann (nationalliberal) darüber, daß von der umfassenden Gemeinschaft nur eine Gütergemeinschaft übrig geblieben sei. Auch für die Einführung der vierten Wagenklasse in Süddeutschland brach der nationalliberale Abgeordnete eine Lanze. Noch schärfer rückte Abgeordneter Schrader (freisinnige Vereinigung) dem Reichseisenbahnamt oder, genauer gesagt, der preußischen Eisenbahnverwaltung auf den Leib. Er wies auf die Häufung der Eisenbahnunfälle hin und warnte besonders vor einer Ueberlastung der Strecken. Weiter suchte er dem Präsidenten des Reichseisenbahnamtes den Rücken zu steifen, indem er ihm empfahl, doch einmal von dem Reichsrechte Gebrauch zu machen. Präsident Dr. Schulz schien aber keine große Neigung zu haben, auf diese schwankende Brücke zu treten; er berief sich dafür auf allerlei Kleinigkeiten, in denen das Reichseisenbahnamt doch etwas erreicht habe. Nachdem dann Präsident Schulz noch auf eine Anfrage des Abgeordneten Kämpf (freisinnige Volkspartei) mitgeteilt hatte, daß eine Umarbeitung der Eisenbahnverkehrsordnung ausgearbeitet sei, kam Abgeordneter Gothein (freisinnige Vereinigung) nochmals auf das skandalöse Verhalten der russischen Regierung gegen die deutsche Ausfuhr nach Rußland zu sprechen. Präsident Schulz konnte die Mißstände nicht leugnen, setzte aber alle Hoffnungen auf die deutsche Botschaft in Petersburg. Nachdem der Rest des